

## Grassierende Weichspülersprache und Begriffsverwirrung in der Politik

von lic. iur. Gregor Biffiger, Grossrat SVP, Berikon

Kennen Sie George Orwells negative Utopie "1984"? Dann sagt Ihnen der Begriff "Newspeak" oder "Neusprache", wie es in der deutschen Übersetzung des Buches heisst, sicher etwas. Ein totalitäres System schreibt dem Bürger auch noch vor, wie er zu reden hat. Denn so wie der Bürger redet, so denkt er schliesslich. Die Neusprache nimmt den Wörtern ihren Sinn, verzerrt ihn oder verkehrt ihn sogar ins Gegenteil. Aus Krieg wird Frieden, aus Freiheit Sklaverei und aus Unwissenheit Stärke. Leider sind auch in unserer Gesellschaft derartige Tendenzen zu beobachten. Die Begriffe werden weichgespült und ihres wahren Sinns beraubt.

Obwohl die moderne "Neusprache" nicht von oben verfügt wird - es sei denn, man betrachte die Redaktionsstuben der Moderne als Kommandoposten der Gesellschaft - und die Realität noch etwas weniger weit verzerrt als jene des utopischen "Ozeaniens", ist ihre Wirkung ebenso verheerend. Ich spreche von beschönigenden Umschreibungen (sog. Euphemismen) und Wörtern, die nicht aufklären, sondern in die Irre führen. Man nennt etwas Information und meint eigentlich Voyeurismus, man bezeichnet Denkverbote als "Political Correctness" und verwechselt Ungleichbehandlung mit Diskriminierung.

In der Wirtschafts- und Sozialpolitik finden sich viele Beispiele dieser Neusprache. So wird etwa der Begriff des *Gemeinwohls* oft kollektivistisch verwendet. Nach liberalem Ansatz steht das Gemeinwohl jedoch nicht im Gegensatz zu individuellen Interessen, sondern ergibt sich aus ihnen - natürlich unter Berücksichtigung aller negativen Wirkungen auf Dritte. Damit ist die Forderung nach einem Zurückbinden der Einzelinteressen zugunsten des Gesamtwohls ebenso falsch wie die staatliche Belohnung von Leistungen, die zwar der Allgemeinheit zugute kommen, aber individuellen Motiven entspringen. Um es vereinfachend auszudrücken: Wer die Mutterschaftsversicherung nur damit rechtfertigt, dass es um eine Leistung für die Allgemeinheit (Stichwort: Demographie) gehe, müsste auch die Bäcker subventionieren, da diese ja auch gesellschaftlich erwünschte Versorgungsleistungen erbringen.

Ein weiteres Paradebeispiel ist der Begriff "*Service public*", mit dem die staatliche Erbringung von Leistungen sprachlich legitimiert wird - egal, ob die Leistungen nachgefragt werden oder nicht und ob sie von Privaten ebenso und womöglich günstiger erbracht werden werden könnten oder nicht.

Ein bücherregalfüllendes Beispiel ist das "*Sparen*" der öffentlichen Hand. So heisst es in gewissen politischen Kreisen etwa, das "Sparen" könne natürlich kein Selbstzweck sein, man dürfe den Staat nicht "kaputtsparen" und man dürfe keinesfalls an der Zukunft "sparen". Ob solcher weitverbreiteter Platitüden geht schlicht vergessen, dass selbst jeder Erstklässler weiss, dass das Resultat des Sparens wohl eher ein volles als ein leeres Sparschwein ist. Vom "Sparen" der öffentlichen Haushalte kann also keine Rede sein, wenn man sich bestenfalls etwas weniger verschulden will und nicht im Traum an die Bildung von Rücklagen oder an Schuldenabbau denkt. Nach dieser Diktion ist dann der massgeblich in den 90iger Jahren aufgetürmte Schuldenberg der öffentlichen Haushalte von mittlerweile 250 Milliarden Fr. Resultat der bürgerlichen "Sparhysterie". So trägt die negative Besetzung des Begriffs "Sparen" zum lockeren Umgang mit dem Geld der Steuerzahler bei.

Man spricht von "*Steuergeschenken*" (z.B. beim Wohneigentumspaket) und "*Rentenklau*" (nach dem Platzen der Börsenblase). Doch schenken kann man nur, was einem gehört, und "klauen" nur, was anderen gehört. Weder gehören dem Staat die Steuern per se, noch kann man beim Kapitaldeckungsverfahren einen garantierten Anspruch auf Leistungen erheben, auch wenn sich die Versicherungen den Vorwurf des "Rentenklaus" durch mangelnde Transparenz und ungeschickte Anlagepolitik selber eingebrockt haben.

Auch der *"Generationenvertrag"*, an sich die erwünschte Einsicht, dass wir auf den Leistungen der Vergangenheit auf- und für die Zukunft vorbauen, wird unter den Federn der Neusprache-Autoren zu einer gefährlichen gedanklichen Konstruktion. Diesem, zum als Anspruch auf nicht finanzierbar grosszügig ausgestattete Sozialversicherungen umgedeuteten "Vertrag" fehlt nämlich der explizite Wille beider Parteien und eine gewisse Ausgeglichenheit. Aber wer wagt es heute, das faktische Ausnehmen der Jüngeren durch die Älteren in diesem Bereich oder gar in der Finanzpolitik (Stichwort: "Leben mit der Kreditkarte unserer Kinder") beim Namen zu nennen?

Auch mit dem wichtigen Begriff *"Eigenverantwortung"* wird Unfug getrieben. Das Postulat der primären Eigenverantwortung des Einzelnen ist nicht nur auf jene anzuwenden, denen die Sorge für sich und die Ihren finanziell, intellektuell und mental leichtfällt. Nur völlig ungenügende Leistungsfähigkeit, nicht relative Leistungsschwäche oder gar mangelnder Leistungswille, rechtfertigt eine Unterstützung durch die Gemeinschaft.

Auch die Verwirrspiele um *"Gleichheit"* und *"Gerechtigkeit"* gehören in dieses Kapitel. Man sagt z. B. Steuergerechtigkeit und meint eigentlich Bestrafung des Tüchtigen und daher Wohlhabenderen. Natürlich muss man sich mit Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt fragen, wie viel Ungleichheit der Einkommen und Vermögen es verträgt. Aber dann darf man die angestrebte Ausnivellierung nicht als Gerechtigkeit kaschieren.

Auch das Verhältnis zum *Staat* ist begrifflich verwirrt. So wirft man etwa dem Liberalismus vor, er sei staatsfeindlich. Dabei ist er weder staatsfeindlich noch staatsfreundlich, sondern *staats skeptisch*. Es leuchtet jedem auch noch so liberalen Geist ein, dass das Zusammenleben von Menschen eine ordnende Hand braucht und dass es Aufgaben gibt, welche die Kraft der Einzelnen übersteigen. Zugleich weiss aber auch jeder Liberale, dass jede finanzielle oder regulatorische Ausweitung des Staates die persönliche Freiheit des Individuums einschränkt. Zu lösen ist dieser Konflikt nur, indem man den Staat auf wenige wichtige Kernaufgaben fokussiert.

Es ist höchste Zeit, eine Auslegeordnung der politisch bzw. staatlich relevanten Begriffe zu machen, diese Begriffe gedanklich zu ordnen und wieder einen kleinsten gemeinsamen Sprachnennen zu finden. Es braucht wieder unzweideutige, oft unbequeme Definitionen von Schlüsselbegriffen wie Wettbewerb, Eigenverantwortung, Privateigentum und nicht zuletzt eben Staat, um auch zu inhaltlicher Glaubwürdigkeit und Schlagkraft zurückzufinden. Die grassierende Weichspüler-Sprache droht unsere staatliche Ordnung auszuhöhlen. Das ist keine neue Erkenntnis. Schon Konfuzius stellte allgemeingültig fest, dass der *Zerfall der Ordnungen mit der Verwirrung der Begriffe beginnt*. Auch Thukydides hat in der Geschichte des Peloponnesischen Krieges beschrieben, wie die Kriegsparteien vor zweieinhalb Jahrtausenden Propaganda trieben, indem sie den Sinn der Worte verkehrten. Diese Beispiele zeigen, dass wir gut beraten sind, uns immer wieder daran zu erinnern, dass der *ewige Preis der Freiheit die ewige Wachsamkeit ist*.

11.11.2005 GB